Rot = Gesetzliche Festlegung

Blau = Festlegung der Stadt Dessau-Roßlau

Gelber Kasten = Erläuterungen zu einzelnen Festlegungen

Richtlinie zur Erfassung und Bewertung des Finanzanlagevermögens der Stadt Dessau-Roßlau

1. Finanzanlagevermögen

Zum Finanzanlagevermögen der Stadt Dessau-Roßlau gehören alle Vermögenswerte, die auf Dauer finanziellen Anlagezwecken oder Verbindungen zu den verselbstständigten Organisationseinheiten der Stadt dienen.

Zu den Finanzanlagen gehören:

- Anteile an verbundene Unternehmen
- Anteile an Beteiligungen
- Rechte an Sondervermögen
- Ausleihungen
- Wertpapiere des Anlagevermögens.

Die Zuordnung zum Anlagevermögen ergibt sich aus der Zweckbestimmung, dem eigenen Geschäfts- und Verwaltungsbetrieb dauerhaft zu dienen. Finanzanlagen gehören zum nicht abnutzbaren Vermögen der Stadt Dessau-Roßlau und unterliegen dementsprechend keiner planmäßigen Abschreibung.

Eine Besonderheit bei den Wirtschaftsunternehmen stellt die Stadtparkasse in Trägerschaft der Stadt Dessau-Roßlau dar. Der Landesgesetzgeber hat in § 119 Abs. 1 KVG LSA festgelegt, dass die gemeindlichen Sparkassen und Sparkassenverbände nicht in den kommunalen Jahresabschluss einzubeziehen sind. Auch wenn die Sparkassen als wirtschaftliche Unternehmen der Gemeinde eingestuft werden und daher als eine Vermögensmasse der Gemeinde zu betrachten sind, lässt es das gesetzliche Verbot aufgrund von übergreifenden Schutzrechten nicht zu, die Stadtparkasse in die Bilanz der Stadt Dessau-Roßlau aufzunehmen.

Es finden die besonderen Bewertungsvorschriften des § 53 Abs. 3 i. V. m. Abs. 5 KomHVO LSA sowie Ziffer 5.11. der Richtlinie zur Bewertung des kommunalen Vermögens und der kommunalen Verbindlichkeiten (Bewertungsrichtlinie - BewertRL) Anwendung. Des Weiteren werden die Runderlasse des Ministerium für Inneres und Sport des Landes Sachsen-Anhalt vom 23. Juni 2009 sowie vom 16. Januar 2018 bei der Bewertung der Beteiligungen berücksichtigt.

1.1. Anteile an verbundenen Unternehmen

Verbundene Unternehmen sind solche Beteiligungsunternehmen der Stadt, die im Gesamtabschluss gem. § 119 Abs. 1 KVG LSA voll zu konsolidieren sind. Dies ist i. d. R. der Fall, wenn die Kommune einen beherrschenden Einfluss ausübt, welcher z. B. aufgrund der gesellschaftsvertraglichen Regelung gegeben sein kann oder wenn die Kommune mehr als 50 % der Stimmrechte (Stimmrechtsmehrheit) innehat.

Die verbundenen Unternehmen sind dem Beteiligungsbericht der Stadt Dessau-Roßlau zu entnehmen.

1.2. Beteiligungen

Eine Beteiligung im Sinne dieser Richtlinie liegt vor, wenn die Stadt keinen beherrschenden Einfluss auf das Unternehmen ausüben kann, jedoch zum Aufbau einer dauerhaften Geschäftsbeziehung Anteile hält. In Anlehnung an § 271 Abs. 1 HGB muss für das Vorliegen einer Beteiligung der Zweck verfolgt werden, dem eigenen gemeindlichen Interesse im Rahmen der öffentlichen Aufgabenwahrnehmung durch Herstellung einer dauernden Verbindung zu jenen Unternehmen zu dienen. Maßgeblich ist der Bindungswille. Ein dauerhafter Bindungswille wird vermutet, wenn die Anteile der Gemeinde an einer Kapitalgesellschaft insgesamt 20 % überschreiten (vgl. § 271 Abs. 1 Satz 3 HGB). Die 20 % Grenze ist jedoch nur ein Indiz, maßgeblich ist die Bindungsabsicht.

Außerdem ist unter dieser Position die Beteiligung der Stadt an Zweckverbänden abzubilden.

1.3. Sondervermögen

Zum Sondervermögen zählen gem. § 121 KVG LSA das Vermögen der Eigenbetriebe sowie das Vermögen der nichtrechtsfähigen Stiftungen des bürgerlichen Rechts.

Rechtlich selbständige Stiftungen sind rechtsfähige juristische Personen, die selbst Rechtsinhaber der gestifteten Vermögenswerte sind und mindestens ein Organ haben, durch das sie im Rechtsverkehr handeln. Bei dem Vermögen von rechtlich selbständigen Stiftungen handelt es sich weder um Vermögen der Kommune noch um Sondervermögen, sondern um Treuhandvermögen, für das nach § 122 Abs. 1 KVG LSA besondere Haushaltspläne aufzustellen und Sonderrechnungen zu führen sind. Die „Stiftungen der Stadt Dessau“ ist eine rechtlich selbständige Stiftung. Eine Aufnahme in die Bilanz der Kommune erfolgt deshalb nicht.

1.4. Ausleihungen

Ausleihungen sind Finanzforderungen der Stadt Dessau-Roßlau, welche gegen langfristige Hingabe von Kapital erworben wurden und dem Geschäftsbetrieb dauerhaft dienen sollen. Beispiele sind Hypotheken, Grund- und Rentenschulden, Genossenschaftsanteile sowie langfristige Darlehen. Nicht zu den Ausleihungen gehören Forderungen aus Lieferungen und Leistungen, selbst dann, wenn diese langfristig sind.

1.5. Wertpapiere des Anlagevermögens

Anteile, die weder als Anteile an verbundenen Unternehmen noch als Beteiligungen zu werten sind sowie sonstige Wertpapiere (Obligationen, Bundesanleihen, o. ä.), die auf Dauer angelegt sind, werden als Wertpapiere des Anlagevermögens ausgewiesen.

Hierunter fallen alle Unternehmensanteile, die von untergeordneter Bedeutung i. S. d. § 119 Abs. 1 S. 2 KVG LSA sind.

Bewertungsrichtlinie Finanzanlagevermögen, Stand Juni 2018

Als Wertpapiere werden in der Stadt Dessau-Roßlau in der Regel Beteiligungen mit einem Anteil von weniger als 20 % angesehen, sofern die Stadt diese nur mit der Absicht einer dauernden Kapitalanlage hält.

2. Bewertung von Finanzanlagen

Grundsätzlich gelten bei der Bewertung von Beteiligungen gem. § 53 Abs. 5 KomHVO die Anschaffungskosten.

Bei der Bewertung mit Anschaffungskosten sind alle von der Stadt Dessau-Roßlau (Rechnachfolger der Stadt Dessau und der Stadt Roßlau) direkt geleisteten Geld- und Sachleistungen sowie die Anschaffungsnebenkosten (zum Beispiel Notargebühren oder Handelsregistereintragungen) zu berücksichtigen.

Die nachträgliche und exakte Ermittlung der historischen Anschaffungskosten ist bei der Stadt Dessau-Roßlau zum Großteil aufgrund fehlender Dokumentationen nicht mehr bzw. nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand möglich.

Ist die Ermittlung der tatsächlichen Anschaffungskosten nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand oder gar nicht möglich, gibt es gemäß § 53 Abs. 5 KomHVO LSA und in Anwendung des Runderlasses des Ministeriums für Inneres und Sport vom 23. Juni 2009 Vereinfachungsregelungen. Danach kann in Abhängigkeit vom Aufwand-Nutzen-Verhältnis eine Wertermittlung durch vorsichtig geschätzte Zeitwerte oder durch Anwendung des Sachwert- oder des Ertragswertverfahrens erfolgen. Ausnahmsweise kann auch die Eigenkapitalspiegelmethode angewandt werden, wenn sich das Ergebnis nicht wesentlich auf die Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gemeinde auswirkt und die Anwendung der obengenannten Methoden zu unverhältnismäßigem Aufwand führen würde.

Bei einer Bewertung zum vorsichtig geschätzten Zeitwert sind die Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen mit dem Börsen- oder Marktwert oder mit einem durch Gutachten ermittelten Wert (beizulegender Wert) anzusetzen.

Beim Ertragswertverfahren wird der Unternehmenswert durch Diskontierung der künftigen finanziellen Überschüsse mit einem risikoadäquaten Kapitalisierungszinssatz ermittelt. Voraussetzung für die Anwendbarkeit ist mithin, dass die Beteiligung Gewinne erzielt.

Dient eine Beteiligung vornehmlich Zielen der Leistungserstellung, kann die Bewertung nur nach dem Substanzwertverfahren vorgenommen werden. Dabei werden die anteiligen Zeitwerte der vorhandenen Vermögensgegenstände und Schulden zugrunde gelegt.

Da diese Bewertungsverfahren sehr zeit- und personalintensiv sind, wäre für die Ermittlung der Unternehmenswerte eine externe gutachterliche Beratung notwendig. Die Kosten eines externen Gutachtens rechtfertigen jedoch nicht das Aufwand-Nutzen-Verhältnis. Daher finden diese Methoden bei der Bewertung der Beteiligungen der Stadt Dessau-Roßlau keine Anwendung.

Unter Berücksichtigung des Runderlasses des Ministeriums für Inneres und Sport des Landes Sachsen-Anhalt vom 16. Januar 2018 ist für den Fall, dass die tatsächlich aufgewandten Anschaffungskosten nicht mehr ermittelbar sind, vor

Heranziehung der in § 53 Abs. 5 KomHVO und ab Nr. 2 des Runderlasses vom 23. Juni 2009 aufgeführten Ersatzwertverfahren der Beteiligungswert mit dem anteiligen Wert aus der Summe des Stammkapitals und der Kapitalrücklage (sogenannte gekürzte Eigenkapitalspiegelmethode) als Ersatzwert zu bewerten.

$\begin{aligned} & \text{Gezeichnetes Kapital (Stammkapital)} \\ & + \quad \text{Kapitalrücklagen} \\ & = \quad \text{Eigenkapital} \\ & \text{Eigenkapital} \times \text{Anteilsquote [in \%]} = \text{anteiliges Eigenkapital} \end{aligned}$

Die Anwendung der Eigenkapitalspiegelmethode ist nur für die erstmalige Bewertung in der Eröffnungsbilanz möglich. Die so ermittelten Wertansätze gelten als Anschaffungskosten für die Folgebilanzen.

Festlegung:

Soweit die Anschaffungskosten bekannt sind bzw. aus der Vermögensrechnung entnommen werden können, muss bei der Vermögensbewertung auf diese zurückgegriffen werden. Liegen diese „Anschaffungswerte“ nicht vor, ist im Einklang mit den haushaltsrechtlichen Grundsätzen der "Wirtschaftlichkeit" und der "Sparsamkeit" die Bewertung der **Anteile an verbundenen Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen** mit dem anteiligen Wert des Eigenkapitals (Stammkapital und Kapitalrücklage) vorzunehmen. Bei dauerhaften Verlustunternehmen ist der niedrigere Wert (Stammkapital) anzusetzen.

Wertpapiere, die an einer Börse zum amtlichen Handel oder zum geregelten Markt oder in den Freiverkehr einbezogen sind, sind mit ihrem vorsichtig geschätzten Verkehrswert anzusetzen, der dem Tiefstkurs der vergangenen 12 Wochen, ausgehend vom Bilanzstichtag entspricht, höchstens jedoch mit den Anschaffungskosten. Andere Wertpapiere sind mit ihren historischen Anschaffungskosten zu bewerten.

Üblich verzinste **Ausleihungen** sind mit dem voraussichtlichen Rückzahlungsbetrag anzusetzen. Gleiches gilt, wenn diese mit einer Gegenleistung des Empfängers verbunden sind. Unverzinsliche oder niedrig verzinsliche Ausleihungen sind mit dem Barwert auf der Grundlage eines Zinssatzes von 6 v. H. anzusetzen.

Finanzanlagen gehören zu den nicht abnutzbaren Vermögensgegenständen des Anlagevermögens. Bei voraussichtlich dauernder Wertminderung sind außerplanmäßige Abschreibungen nach § 253 Abs. 3 S. 3 HGB vorzunehmen, um die Vermögensgegenstände mit dem niedrigeren Wert anzusetzen, der ihnen am Abschlussstichtag beizulegen ist. Kurzfristige Eigenkapitalschwankungen (z. B. durch noch nicht ausgeglichene Verluste) führen dagegen nicht zu einer Wertanpassung. Zur Feststellung, ob ein Wertminderungsbedarf besteht, sind die Beteiligungsansätze in regelmäßigen zeitlichen Abständen zu prüfen. Bei Wegfall der Gründe für die außerplanmäßige Abschreibung besteht für die Folgebilanzen ein Wertaufholungsgebot nach § 253 Abs. 5 HGB bis maximal zur Höhe der Anschaffungskosten.